



Nr. 8

3. März 2016

Inhalt

[dbb Vize Stich: „Der Staat muss mehr investieren“+++](#)
[BA-Vorstand Scheele im „dbb magazin“: Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt braucht langen Atem+++](#)
[Reform des SGB IX](#)
[Lühmann: Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Rheinland-Pfalz: Kommunale Spitzenverbände und dbb unterzeichnen Erklärung gegen Gewalt+++](#)
[Dienstrechtsreform: DBB NRW fordert Nachbesserung+++](#)
[DPVKOM bekräftigt Entgeltforderung für Telekom-Beschäftigte+++](#)
[Internationaler Bildungsgipfel zum Lehrerberuf: PISA allein macht noch keine gute Schule+++](#)
[BLBS: Meister-BAföG stärkt die berufliche Bildung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Vize Stich: „Der Staat muss mehr investieren“

(dbb) Die Europäische Kommission hat am 26. Februar ihren „Länderbericht Deutschland“ 2016 veröffentlicht. Darin bewertet sie die wirtschaftlichen Aussichten des Landes. Der Bericht ist Teil des Europäischen Semesters, in dessen Verlauf alle Mitgliedstaaten über ihre Wirtschaftslage berichten müssen und schließlich in Abstimmung mit dem Rat länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen werden.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Stich fordert nun mehr Investitionen der öffentlichen Hand. „Nicht nur die Europäische Kommission kommt zu dem Schluss, dass wir in Deutschland viel zu wenig investieren. Die öffentliche Infrastruktur, aber auch Bildung und Forschung brauchen dringend mehr Engagement.“ Zudem würden mehr Mittel für die öffentlichen Dienste gebraucht, um die Flüchtlingskrise bewältigen zu können. „Deutschland muss seine Haushaltsüberschüsse verwenden, um zusätzlich in die Zukunft zu investieren. Eine verkommene Infrastruktur hat enorme Folgekosten, wirtschaftliche wie soziale, und auch die Integration der dauerhaft bei uns bleibenden Flüchtlinge wird nur gelingen, wenn die Politik hier beherzt handelt.“

Der Länderbericht Deutschland zeige klar, dass die öffentlichen Investitionen inflationsbereinigt kontinuierlich zurückgingen. „Auf diese Weise verspielen wir die Zukunft des Landes“, sagte der dbb Vize, der zugleich Vorsitzender des Landesbundes Baden-Württemberg ist. Die Investitionen des öffentlichen Sektors liegen laut Kommission nach wie vor signifikant unter

dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets. „Das ist ein erstaunlicher Befund, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die meisten anderen EU-Staaten dringend ihre Haushalte entlasten müssen, während hierzulande die Steuereinnahmen sprudeln und wir Haushaltsüberschüsse erzielen“, so Stich. Angesichts der Wohnungsnot in Ballungsgebieten und der Flüchtlingskrise seien Wohnungsbauprogramme dringend erforderlich. „Bisher geschieht auf diesem Feld eindeutig zu wenig, lediglich Anreize für private Investoren reichen bei weitem nicht aus“, so Stich.

Besonders kritisch sieht Stich die auch aus seiner Sicht zu geringen staatlichen Ausgaben für Bildung und Forschung. Die Bildungsausgaben liegen in Deutschland seit 2009 stabil bei 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was auch die Kommission im Länderbericht Deutschland hervorhebt. „Die Bundesrepublik liegt damit bei den Bildungsausgaben weit unter dem europäischen Durchschnitt“, moniert Stich.

(01/08/16)

BA-Vorstand Scheele im „dbb magazin“: Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt braucht langen Atem

(dbb) Der Vorstand Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit (BA), Detlef Scheele, hat sich optimistisch zur Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt geäußert. „Die Flüchtlinge treffen auf einen Arbeitsmarkt in guter Verfassung“, sagte Scheele dem „dbb magazin“ (Ausgabe März 2016). „31 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 43 Millionen Erwerbstätige, mittelfristig stabile Wachstumsprognosen bei gleichzeitigem demografischem Wandel: Der Arbeitsmarkt kann den Zustrom an Flüchtlingen unter quantitativen Gesichtspunkten verkraften“, so Scheeles Einschätzung. 350.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter pro Jahr - das sei eine zu bewältigende Größenordnung.

Die fehlende formale Qualifikation eines Flüchtlings sage zunächst gar nichts über die mittelfristigen tatsächlichen Eingliederungschancen, sagte der BA-Vorstand. „Es kommen junge Menschen. Soweit wir wissen, sind sie gut motiviert, und sie haben zwar berufliche, jedoch eben nicht anerkannte berufliche Vorer-

fahrungen. Auf die vorhandene Motivation und den Ehrgeiz der Menschen sollten wir bauen“, empfahl Scheele. „Ihre Hoffnungen ruhen auch auf unserer Organisation.“

Zugleich mahnte der BA-Vorstand, bei den Erwartungen, wann eine Integration in den

Arbeitsmarkt gelingt, realistisch zu bleiben: „Derzeit gehen wir davon aus, dass im ersten Jahr nach der Einreise zehn Prozent eine Arbeit haben, nach rund fünf Jahren die Hälfte und nach 15 Jahren 70 Prozent.“ Um gegen sinkende Bildungs- und Beschäftigungschancen für Migranten und einen sich vergrößernden Lohnabstand gegenüber Deutschen vorzugehen, müsse die Gesellschaft Anreize für Aus- und Weiterbildung schaffen, damit der Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen erleichtert wird.

Scheele äußerte sich auch zu personalpolitischen Konsequenzen im Bereich der BA. „Wir rechnen damit, dass die zusätzlichen Belastungen durch Asylbewerber ab Mitte des zweiten Quartals besonders in den Jobcentern spürbar werden. Zum Ende des ersten Quartals haben wir 2.800 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Bord, 800 befristet und 2.000 festangestellt.“ Mitte des zweiten Quartals sei man mit der Fortbildung der Neuen fertig und dann „für die anstehenden Aufgaben gut aufgestellt“, zeigte sich der BA-Vorstand überzeugt. (02/08/16)

Reform des SGB IX

Lühmann: Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern

(dbb) Die große Koalition will in diesem Jahr die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, festgehalten im Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX), grundlegend reformieren. „Wir müssen diese Gelegenheit nutzen, um weitreichende Verbesserungen in allen Lebensbereichen von Menschen mit Behinderung festzuschreiben“, sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann am 26. Februar 2016 in Berlin.

„Das betrifft auf der einen Seite ganz praktische Dinge, beispielsweise in der Arbeitswelt: Die Stellung von Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben muss gestärkt werden, damit sie die Inklusion effektiv unterstützen können. Die Ausgleichsabgabe, die Arbeitgeber für jeden nichtbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen entrichten müssen, ist ebenfalls reformbedürftig“, so Lühmann. Auch die Barrierefreiheit von Arbeitsplätzen könne sowohl hinsichtlich der baulichen Aspekte als auch bei den notwendigen Arbeitsmitteln besser gefördert werden.

Um Teilhabe im Alltag zu ermöglichen, müsse auch das Leistungsrecht im SGB IX dringend überarbeitet werden. Lühmann: „Wir fordern die Einführung eines Teilhabegeldes, die Verankerung eines Anspruchs auf Assistenz sowie eine Ausweitung der Leistungen für Bildung.

Auch beim Schonvermögen gibt es Handlungsbedarf: Die Regeln für Menschen mit Behinderungen sollten denen des SGB II angeglichen werden, um den Betroffenen mindestens die gleichen finanziellen Rahmenbedingungen wie Empfängern von Arbeitslosengeld II zu ermöglichen.“

Neben diesen praktischen Aspekten gehe es aber auch um grundsätzlichere Dinge. „Die UN-Behindertenrechtskonvention gilt bereits seit März 2009 in der Bundesrepublik Deutschland. Das bedingt notwendigerweise eine Umformulierung des veralteten Behinderungsbegriffs, welcher derzeit im SGB IX verankert ist“, erklärte Lühmann. „Die Folge wird nicht weniger als ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik sein: Weg von der Fürsorge, hin zur Realisierung von Menschenrechten.“ (03/08/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz: Kommunale Spitzenverbände und dbb unterzeichnen Erklärung gegen Gewalt

(dbb) Mit einer Grundsatzerklärung setzen die Kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem dbb Landesbund ein Zeichen gegen die zunehmende Gewalt gegen Bedienstete der Kommunalverwaltungen. Dazu unterzeichneten Oberbürgermeis-

ter Dr. Bernhard Matheis, Pirmasens, Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz, Bürgermeister Aloysius Söhngen, Prüm, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, Burkhard Müller, Geschäftsführender Direktor des Landkreistages Rheinland-Pfalz und die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 2. März 2016 in Mainz auf dbb-Anregung eine Anti-Gewalt-Vereinbarung für den öffentlichen Kommunaldienst.

Die Unterzeichner waren sich einig, dass gegen drastisch zunehmende Beleidigungen, Bedrohungen und körperliche Übergriffe, die inzwischen leider auch in vielen Kommunalverwaltungen Alltagsbestandteil sind, mit der nötigen Härte vorgegangen werden muss. Wenn Feuerwehrleute, andere Rettungskräfte, kommunale Angestellte oder Beamte beispielsweise in Bürger- oder Sozialämtern beleidigt, tätlich bedrängt oder sogar verletzt werden, müsse das Prinzip der Nulltoleranz nicht nur beschworen, sondern konsequent angewandt werden. Für die Vereinbarungspartner hätten Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten oberste Priorität.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz sagte: „Durch die Erklärung wird deutlich gemacht, dass im Gewaltfall Dienststelle und Dienststellenleitung ohne jeden Vorbehalt hinter den angegriffenen Mitarbeitern stehen und sie in jeder Beziehung unterstützen. Gleichzeitig

zielen wir auf eine enge Kooperation von Behördenleitungen, Mitarbeitern und ihren Vertretungen beim Auf- und Ausbau von maßgeschneiderten Lösungen in den Bereichen Prävention, Deeskalation, Schutz und Hilfe. Viel haben die Kommunen hier schon initiiert, es muss aber mit gesteigerten Aggressionspotentialen der Behördenkundschaft Schritt gehalten werden.“

In der gemeinsamen Erklärung sprechen sich die Kommunalen Spitzenverbände und die Gewerkschaft gegen alle Formen von Gewalt am Arbeitsplatz aus. Alle strafrechtlich relevanten Sachverhalte sollen bei den Strafverfolgungsbehörden durch die Behörde angezeigt und die erforderlichen Strafanträge gestellt werden. Der verstärkte Einsatz von Präventionskonzepten sowie die Überprüfung und Weiterentwicklung von Anti-Gewalt-Strategien sind weitere Kernaussagen der Grundsatzerklärung. (04/08/16)

Dienstrechtsreform: DBB NRW fordert Nachbesserung

(dbb) In einem Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion zum Dienstrechtsreform-Gesetzentwurf hat die Spitze des DBB NRW die Forderung nach Nachbesserungen bekräftigt. Landesvorsitzender Roland Staude brachte darüber hinaus das Thema Pensionsfonds nochmals zur Sprache.

Dazu seien die Gesprächspartner „ganz unterschiedlicher Meinung“ gewesen, teilte der DBB NRW am 3. März 2016 mit. „Mit der aktuell geplanten Zuführung ist der Pensionsfonds chronisch unterfinanziert“, sagte Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, und forderte die Politik auf, mindestens den von Beamtinnen und Beamten selbst erbrachten Anteil einzuzahlen. Hans-Willi Körfges, stellvertreten-

der Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, teilte diese Bedenken nicht und verwies erneut auf das von der SPD favorisierte Modell der Bürgerversicherung. Der DBB NRW erteilte diesem Modell eine klare Absage, da die „Nebenwirkungen“ eines solch massiven Einschnitts in das Krankenversicherungssystem absolut nicht absehbar seien, so Staude. (05/08/16)

DPVKOM bekräftigt Entgeltforderung für Telekom-Beschäftigte

(dbb) 5,8 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesterrhöhung der Monatsentgelte bei unteren Einkommensgruppen um 200 Euro, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 70 Euro monatlich sowie eine Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis Ende 2020 – diese Forderungen hat die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) am 26. Februar 2016 in der ersten Runde der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Telekom AG in Bonn bekräftigt. Zum Auftakt der Tarifverhandlungen für die

rund 60.000 Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technischer Service GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH und Deutschen Telekom Technik GmbH legte der Arbeitgeber kein Angebot vor.

„Wir haben dem Arbeitgeber heute unsere berechtigten Forderungen detailliert dargelegt und begründet. Die Mitarbeiter des Unternehmens leisten einen hervorragenden Job. Das muss von der Deutsche Telekom in Form höherer Löhne und sicherer Arbeitsplätze anerkannt werden“, so der stellvertretende DPVKOM-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Karlheinz Vernet Kosik. „Die Tarifforderungen der DPVKOM sind auch angesichts der positiven Unternehmensentwicklung ge-

rechtfertigt. So konnte die Deutsche Telekom am Vortag ein Umsatzwachstum von mehr als zehn Prozent und einen Konzernüberschuss von 4,1 Milliarden Euro für das Geschäftsjahr 2015 bekanntgeben. An diesem Erfolg des Unternehmens müssen die Beschäftigten beteiligt werden.“

Beide Seiten verständigten sich darauf, die Tarifrunde am 10. März 2016 fortzusetzen. (06/08/16)

Internationaler Bildungsgipfel zum Lehrerberuf: PISA allein macht noch keine gute Schule

(dbb) Erstmals findet in Deutschland der supranationale soziale Dialog von Regierungen und Bildungsgewerkschaften statt. Veranstalter des International Summit on the Teaching Profession ISTP sind OECD, Education International EI, die weltweite Dachorganisation der Bildungs- und Lehrgewerkschaften, sowie das ausrichtende Land.

VBE und GEW als Mitglieder der EI sind neben der Kultusministerkonferenz nationale Gastgeber dieses 6. Internationalen Bildungsgipfels zum Lehrerberuf ISTP, der am 3. März 2016 in Berlin beginnt.

„Der VBE setzt darauf, dass der ISTP in Berlin das bildungspolitische Kernziel, die Lücke zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zu schließen, nicht nur benennt, sondern die Politik dazu bewegt, die Dringlichkeit politischen Handelns anzuerkennen“, betonte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. „Die Fokussierung auf die Stärkung des Lehrerberufs ist wichtig, doch muss klar sein, dass allein die Politik in der Verantwortung steht, nachhaltig die nötigen Gelingensbedingungen bereitzustellen.“

Der Dialog von Regierungen und Bildungsgewerkschaften auf Augenhöhe könne ein wichtiges Instrument sein, im weltweiten Vergleich die Perspektiven des Lehrerberufs zu justieren und Rahmenkriterien für die Qualitätsentwicklung von Schule zu entwickeln. Beckmann unterstreicht: „Die Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland stellen sich hochmotiviert der

Herausforderung inklusiver Beschulung und der Integration von Flüchtlingskindern. Sie vollbringen trotz mangelnder Gelingensbedingungen Meisterleistungen, um ihre Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und bestmöglich auf das Leben vorzubereiten. Die Antwort der Politik auf diesen Einsatz empfinden die Lehrkräfte als enttäuschend. Das Vermessen per Schüler Leistungsvergleichen, Kompetenzorientierung und Bildungsstandards haben Alibifunktion, solange die nötige Verbesserung der Bedingungen der Schule vor Ort nicht stattfindet.“ Die Orientierung der Schulen auf die messbaren PISA-Fächer und der Druck auf die staatlichen Bildungsetats infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben zu einer Einschränkung des allgemeinbildenden Anspruchs geführt, so Beckmann. „Um die Lücke zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen der Schüler zu verringern, um Chancengleichheit zu sichern, bedarf es einer umfassenden finanziellen Absicherung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Dies ist allein Aufgabe des Staates.“

(07/08/16)

BLBS: Meister-BAföG stärkt die berufliche Bildung

(dbb) „Jetzt ist es endlich beschlossen.“ Mit diesen Worten kommentierte Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), dass der Bundestag am 26. Februar 2016 „die berufliche Fortbildung gestärkt und das sogenannte Meister-BAföG attraktiver gemacht hat“. Die Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – kurz: Meister-BAföG – gibt es für Vollzeit- und Teilzeitfortbildungen. Davon profitieren derzeit 172.000 Personen.

Ab 1. August 2016 werden der Zuschuss zum Lebensunterhalt von 44 Prozent auf 50 Prozent erhöht und der Kreis der Leistungsberechtigten erweitert, das Angebot wird familienfreundlicher ausgestattet und die Anträge können online gestellt werden

„Mit der Stärkung des Meister-BAföG wird die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung betont. Damit kann Prognosen entgegengesteuert werden, wonach im Jahre

2020 zwei Drittel eines Jahrgangs studieren und nur noch ein Drittel eine berufliche Ausbildung absolvieren. Dann würden nämlich rund 1,4 Millionen Fachkräfte im technischen Bereich fehlen“, so Straubinger. Nachgewiesen sei, dass Länder mit einem starken dualen Berufsausbildungssystem über eine hohe Wirtschaftskraft und geringe Jugendarbeitslosigkeit verfügen.

(08/08/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 26. und 27. Februar 2016 fand in Ingolstadt die erste Klausurtagung der Tarifkommission der Nahverkehrsgewerkschaft NahVG zur Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag Nahverkehrsbetriebe Bayern (TV-N Bayern) statt. Schwerpunkt der Sitzung war die Forderungsfindung für die bevorstehenden Tarifverhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern). In der zweitägigen Klausur tauschten sich die Mitglieder der Tarifkommission intensiv über die aktuelle Lage im kommunalen Nahverkehr Bayern und die täglichen Herausforderungen und geltenden Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Deutlich wurde, dass neben einer deutlichen Einkommensverbesserung erneut das Thema „Verbesserung bei der Umsetzung der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten“ auf der Forderungsliste des **dbb** für die Tarifverhandlungen stehen wird. Doch auch neue Themen wurden diskutiert und haben Eingang in die Forderungsliste des dbb gefunden. Die Forderungsliste wird nun intern abgestimmt.

Um Bahn-Unfälle wie bei Bad Aibling zu verhindern, hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize **Claus Weselsky** deutliche Verbesserungen bei der Technik und den Arbeitsbedingungen gefordert. Dem Magazin „Focus“ (Ausgabe

vom 27. Februar 2016) sagte Weselsky: „Wir fordern durchgehende technische Überwachung und Ergänzung auf den aktuellen Stand der Technik. Darüber hinaus muss das Ziel aller Beteiligten sein, die Belastung durch mehr Personal und besseres Training für die Fahrdienstleiter abzusenken.“ Die GDL fordere seit vielen Jahren bessere Arbeitsbedingungen für Lokomotivführer und Zugbegleiter. „Allerdings brauchen wir dazu auch ein Umdenken in der Politik und bei unseren Kunden“, so Weselsky. Die Anerkennung der Tatsache, „dass Sicherheit, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit nicht vom ‚Billigheimer‘ kommen kann, muss ganz offensichtlich erst noch wachsen“, so der GDL-Chef.

Aufgrund des Überstundenbergs könnte die komplette Polizei rein rechnerisch bundesweit eineinhalb Wochen lang den Dienst einstellen, wenn die Mehrarbeit auf einen Schlag abgebaut würde. Das geht aus Berechnungen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) hervor, die das Magazin „Focus“ am 28. Februar 2016 zitiert. In Nordrhein-Westfalen, wo die 40.000 Polizisten rund vier Millionen Überstunden angehäuft hätten, gäbe es demnach sogar 2,4 Wochen keine Gefahrenabwehr und keine Verbrechensbekämpfung. Die **DPoIG** forderte, Überstunden vor dem Verfall zu retten, indem

sie auf Langzeitkonten gebucht und dann in späteren Jahren abgegolten werden.

Zum Deutschen Schulleiterkongress (DSLK), der vom 3. bis 5. März 2016 in Düsseldorf stattfindet, erwarten die Veranstalter rund 2.000 Schulleiterinnen und Schulleiter aus ganz Deutschland. Bestsellerautoren, Manager, Psychologen und Fachleute aus dem Bildungsbereich – insgesamt über 100 Experten aus unterschiedlichen Bereichen – werden mit Schulleitungen über die Schule von morgen diskutieren. Dabei auch im Fokus: die Problemfelder Inklusion und Integration. Die Kultusministerkonferenz hat die Schirmherrschaft für den DSLK übernommen. Zugesagt haben unter anderen die Soziologin und Journalistin Auma Obama, Schwester des US-Präsidenten, deren Stiftung „Sauti Kuu – starke Stimmen“ sich um benachteiligte Jugendliche kümmert, der Philosoph und Bestsellerautor Richard David Precht und Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süsmuth. Der Deutsche Schulleiterkongress unter dem Motto „Schulen gehen in Führung“ wird bereits zum fünften Mal ausgerichtet, wie der Verband Bildung und Erziehung (**VBE**) als Mitveranstalter mitteilte.

Seit Anfang dieses Jahres ist die Zahl der Kleinen Waffenscheine, die den Besitz von Gaspistolen, Pfeffersprays und Schreckschusswaffen erlauben, um 44.100 auf aktuell rund 330.000 gestiegen. Das hat das Bundesinnenministerium auf Anfrage der „Leipziger Volkszeitung“ mit, wie das Blatt am 2. März 2016 berichtete. Ein so deutlicher Anstieg wurde in den Vorjahren nicht verzeichnet. **Rainer Wendt**, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), sagte, mit den sexuellen Übergriffen auf Frauen vor dem Kölner Hauptbahnhof und in anderen Städten Deutschlands in der Silvesternacht habe die Entwicklung nur bedingt zu tun. „Die Gründe liegen vielmehr in einer allgemeinen Verunsicherung in der Bevölkerung.“ Es habe sich in den letzten Jahren der Eindruck verstärkt, „dass der Staat die Bevölkerung nicht mehr ausreichend beschützen kann“. Die Leute hätten schlichtweg Angst. Das drücke sich im Kauf von Schreckschusswaffen und Pfeffersprays, aber auch in der Gründung von Bürgerwehren aus. Wendt fordert ein Umsteuern. „Wir müssen uns verabschieden vom schlanken Staat. Wir brauchen wieder ausreichend Polizisten und eine gut ausgestattete Justiz“, so Wendt.
(09/08/16)

Termine zum Vormerken:

24. Europäischer Abend

„Europas Zukunft - Aufbruch oder Abbruch“
Berlin, 11. April 2016

12. Frauenpolitische Fachtagung

„Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?
Chancen erkennen, Risiken benennen!“
Berlin, 12. April 2016